



„Unser Ziel ist es, der YPG eine Lektion zu erteilen und wir sind gewillt, dies zu tun.“

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu den Entwicklungen in Nordsyrien

„Wir laden die syrischen Regierungstruppen ein, die Kontrolle über die Gebiete zu übernehmen, die wir ihnen entzogen haben, und diese Gebiete gegen eine türkische Invasion zu verteidigen.“

Erklärung der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG)

## Trump will Mexiko-Grenze schließen, wenn Kongress nicht für Mauer zahlt

WASHINGTON (dpa). US-Präsident Donald Trump hat angesichts des Haushaltsstreits mit den oppositionellen Demokraten erneut mit einer Schließung der Grenze zu Mexiko gedroht. Wenn die Demokraten nicht das Geld zur Fertigstellung einer Mauer gewähren und die „lächerlichen“ Einwanderungsgesetze ändern, dann sei man gezwungen, die Südgrenze der USA komplett zu schließen, schrieb Trump am Freitag auf Twitter.

„Wir bauen eine Mauer oder wir schließen die Grenze.“

Donald Trump

In mehreren weiteren Tweets beklagte sich Trump auch über Nachteile für die USA beim Handel mit Mexiko. Die Vereinigten Staaten verlören hier „soooo viel Geld“. Auch davor müsse sich das Land schützen. „Wir bauen eine Mauer oder wir schließen die Grenze.“ Trump hatte zuvor bereits mehrfach mit einer Grenzschließung gedroht – unter anderem wegen großer Migran-

tengruppen aus Mittelamerika, die sich auf den Weg in die USA gemacht hatten. Mit Blick auf den Handel mit Mexiko hatte die US-Regierung bereits Anfang Oktober ein neues Abkommen vereinbart – gemeinsam mit Kanada. Die US-Regierung wollte damit Handelsnachteile gegenüber den anderen Ländern abbauen.

### „Shutdowns“-Streit

Wegen Trumps vehemente Forderung nach einer Grenzmauer zu Mexiko ist der Streit über einen neuen Haushalt für mehrere Bundesministerien eskaliert. Der Präsident weigert sich, ein Gesetz zu unterzeichnen, wenn darin nicht 5 Milliarden Dollar für die Grenzmauer bereitgestellt werden. Die Demokraten lehnen das ab.

Darauf kamen die Regierungsgeschäfte teilweise zum Erliegen. Wegen des „Shutdowns“ sind Hunderttausende Regierungsbedienstete zu Zwangsurlaub verdammt oder müssen vorerst ohne Gehalt arbeiten. Die Beteiligten im Weißen Haus und im US-Kongress gehen davon aus, dass sich der Stillstand bis ins neue Jahr hinziehen wird.



Setzt US-Präsident Donald Trump seinen Willen durch, könnte der Grenzverkehr zwischen Mexiko und den USA bald ganz zum Erliegen kommen.

APA/afp/ANDREW CABALLERO-REYNOLDS



Von der Türkei unterstützte Rebellen sind auf dem Weg zur syrischen Stadt Manbij. Damit droht ein Aufeinandertreffen mit Truppen von Präsident Bashar al-Assad.

APA/afp/BAKR ALKASEM

# Lieber Assad als Erdogan

DRAMATISCHE WENDE: Kurden wenden sich an den syrischen Diktator mit der Bitte um Unterstützung

DAMASKUS (dpa). Auf Bitten kurdischer Milizen hat die syrische Armee Truppen in die Stadt Manbidsch an der Grenze zur Türkei verlegt. Angesichts eines drohenden Einmarsches der Türkei in Nordsyrien habe man die syrischen Regierungseinheiten eingeladen, die Kontrolle über Gebiete um Manbidsch zu übernehmen, teilte das Generalkommando der Kurdenmiliz YPG am Freitag mit.

Die syrische Armee erklärte daraufhin, Regierungstruppen seien in das Gebiet verlegt worden und hätten ihre Fahne in Manbidsch gehisst. Die Kurdenmilizen hatten große Teile im Norden Syriens eingenommen, als sie dort gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) vorgegangen waren. Anschließend weiteten die Kurden ihre Selbstver-

waltung – zum Ärger der Türkei – in den Gebieten aus.

Die Entwicklung zeigt, wie sich nach dem angekündigten Truppenabzug der USA die Allianzen in Syrien neu sortieren. Die mit dem US-Militär verbündeten Kurden-Milizen fühlen sich beispielsweise im Stich gelassen und suchen neue Verbündete. Syriens Machthaber Baschar al-Assad weitet sein Einflussgebiet weiter aus und bekommt auch von arabischen Staaten, die zu seinen Gegnern zählten, wieder Zuspruch. Die ersten beiden arabischen Golfstaaten – Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – öffnen wieder ihre Botschaften in Damaskus. Die arabischen Golfstaaten wollen nach dem US-Abzug vor allem den Einfluss des Irans in Syrien eindämmen.

Nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump über einen Abzug der US-Trup-

pen in Syrien hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan mit einer Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG gedroht. Die Türkei sieht die YPG als Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und damit als Terrororganisation.

Mit der Verlegung von Einheiten kämen die Regierungstruppen ihrer Verpflichtung nach, die staatliche Souveränität auf dem gesamten syrischen Staatsgebiet sicherzustellen, hieß es in der Stellungnahme der syrischen Armee. Es soll sich vor allem um Elite-Einheiten und Artillerie handeln.

Der türkische Präsident Erdogan äußerte sich am Freitag vor Journalisten zu den Entwicklungen in Nordsyrien: „Unser Ziel ist es, der YPG eine Lektion zu erteilen und wir sind gewillt, dies zu tun.“ Es sei aber auch klar, dass die Gebiete um Manbidsch zu Syrien gehörten. „Unser oberstes Ziel ist es sicherzu-

stellen, dass alle Terrorgruppen das Gebiet verlassen“, sagte Erdogan. „Für uns wird nichts mehr zu tun sein, wenn die Terrorgruppen verschwinden.“ Es sei noch unklar, ob die syrische Armee die Kontrolle über Manbidsch übernommen habe.

Die YPG hatten zuvor erklärt, dass sich ihre Truppen aus dem Gebiet um Manbidsch zurückgezogen hätten, um sich ganz auf den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im Nordosten Syriens zu konzentrieren. Aus dem kurdischen Militärrat von Manbidsch hieß es jedoch, dass die syrischen Truppen nicht in die Stadt einmarschieren würden. Sie hätten eine Art „Sicherheitsring“ um die Stadt errichtet, sagte ein Mitglied des Militärrates. Auch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, dass die Armee Positionen außerhalb der Stadt eingenommen habe.

© Alle Rechte vorbehalten

## EUROPA-SPLITTER

# Ein Ausblick auf das Jahr 2019

EUROPÄISCHES SCHICKSALSJAHR: Nicht nur Brexit und EU-Wahlen werden Wellen schlagen

Mit ersten Januar 2019 übernimmt Rumänien die EU-Präsidentschaft. Erst 2007 der EU beigetreten, ist dies das erste Mal, dass das Land der EU vorsteht. Und zwar zu einem Zeitpunkt, an welchem Rumänien (wieder) von politischer Instabilität und Korruptionsvorwürfen geprägt ist. 2019 ist auch ein Jahr das die EU selbst vor eine Reihe an Herausforderungen stellt:



Die Europaflagge EPA - Rainer Jensen

► **1.** Am 29. März 2019 soll das Vereinigte Königreich aus der EU austreten. Seit Beginn des EU-Integrationsprozesses hat sich die Zahl der Mitgliedsstaaten fast verfünffacht. Dieser Erweiterungsprozess war auch ein Symbol für die Attraktivität und den Erfolg der EU. Jenseits der unzähligen praktischen Auswirkungen und Probleme wird der erstmalige Austritt eines Mitgliedsstaates einen Einschnitt von beträchtlicher Symbolik darstellen.

► **2.** Am 9. Mai 2019 werden sich die Staats- und Regierungschefs in Sibiu/Herzmannstadt treffen. Laut einem Fahrplan für eine „enger vereinte, stärkere und demokratischere Union“ auf den sich die Staatschefs im Herbst 2017 informell geei-

nigt hatten, soll dieses Treffen den Durchbruch in einer Reihe von Reformvorhaben der EU bringen. Dies wird das erste Treffen des Europäischen Rates nach dem Brexit und das letzte Treffen vor den Europäischen Wahlen sein: ein Meilenstein mit ungewissem Ausgang.

► **3.** Zwischen 23. und 26. Mai werden die Europawahlen abgehalten bei denen die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger über die Zusammensetzung des rund 700-köpfigen EU-Parlaments entscheiden. Zentral wird in diesem Zusammenhang auch die Wahlbeteiligung sein. Diese ist seit Einführung der Direktwahl im Jahr 1979 stets gesunken, obwohl die Macht des Parlaments kontinuierlich zunahm. Eine weitere Abnahme der Wahlbeteiligung bei den neunten Europawahlen des Jahres 2019 würde die Legitimität der EU wesentlich schwächen.

► **4.** Im Herbst 2019 wird es zu einem Austausch der Europäischen Führungsriege kommen. Nach den EU-Wahlen ist eine neue EU-Kommission zu besetzen. Es ist auch zu entscheiden, ob es dabei bleibt, dass jedes Land ein Mitglied in der EU-Kommission stellt. Ein neuer Präsident, eine neue Präsidentin eines neuen EU-Parlaments wird gewählt. Auch das Mandat des Präsidenten des Europäischen Rates läuft aus. Und als wäre all das nicht genug der Erneuerung, ist 2019 auch noch ein neuer Präsident bzw. eine neue Präsidentin für die Europäische Zentralbank zu finden.

Ab Juli 2019 wird Finnland der EU vorstehen – zum dritten Mal. Erfahrung wird in diesem turbulenten Jahr von Vorteil sein. Ende des Jahres 2019 wird die Präsidentschaft im Rat der EU von Finnland auf Kroatien übergehen.

© Alle Rechte vorbehalten

## 5 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



„Dolomiten“: Brexit, Europawahlen, EU-Reform – ist 2019 ein Jahr der EU Superlative?

Gabriel N. Toggenburg: 2019 bringt eine erstaunliche Verdichtung europapolitischer Ereignisse. Aber in Brüssel wird 2019 nicht nur wegen der großen Schlagzeilen wichtig.

„D“: Worum geht es denn im „Kleingedruckten“ des nächsten Jahres?

Toggenburg: Das Kleingedruckte ist gar nicht so klein. So geht es zum Beispiel darum wie die EU besser zu den UN-Zielen einer nachhaltigen Entwicklung und des Pariser Klimaschutzabkommen beitragen kann.

„D“: Die gegenwärtige Kommission wird aber nun in erster Linie alte Initiativen abarbeiten, oder?  
Toggenburg: Ja, schon. Aber

manche sind durchaus noch offen und brisant. So wird für den Sommer 2019 erwartet, dass die EU-Kommission ein neues Instrument vorlegt, welches es der EU erlauben soll, besser auf Rechtsstaatsdefizite in EU-Mitgliedsstaaten reagieren zu können.

„D“: Aropos Rechtsstaatsdefizite – sind die Unterschiede in der EU ihre größte Herausforderung?

Toggenburg: Das Motto der rumänischen EU-Präsidentschaft ist wohl nicht umsonst „Zusammenhalt – ein gemeinsamer Europäischer Wert“. Aber für 2019 sehe ich doch die eigentliche Herausforderung in den Wahlen.

„D“: Nämlich?

Toggenburg: Die Integration Europas ist nicht mehr selbstverständlich. Gleichzeitig aber gehen viele Personen, die dieser Integration wohlwollend gegenüberstehen, nicht zu den Wahlen.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.